



Deutscher
Familienverband

Fachinformation

Wie familiengerecht sind die Parteien?

**Wahlprüfsteine 2017
(Kurzfassung)**



Wie familiengerecht sind die Parteien? – Wahlprüfsteine 2017

Jede künftige Bundesregierung wird sich angesichts der demografischen Krise daran messen müssen, ob sie Familien in den Mittelpunkt stellt und Menschen Mut zu Kindern macht. Wer Familien stärkt, stärkt das Fundament der Gesellschaft – gerade in schwierigen Zeiten.

Der Deutsche Familienverband (DFV) hat die Parteiprogramme zur Bundestagswahl einem scharfen Familien-TÜV unterzogen. Wir haben das Wichtigste aus den Wahlprogrammen der fünf im 17. und 18. Bundestag vertretenen Parteien zusammengestellt und mit den zentralen Anforderungen an eine nachhaltige Familienpolitik verglichen:

- ◆ **Subsidiarität:**
Der Staat muss die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass jede Familie die Möglichkeit hat, mindestens ihr Existenzminimum selber zu erwirtschaften. Dieses darf der Staat Familien nicht über Steuern und Abgaben wieder wegnehmen.
- ◆ **Sozialstaatsprinzip:**
Familien, die nicht in der Lage sind, das Existenzminimum selbst zu erwirtschaften, muss der Sozialstaat mit Transferleistungen helfen.
- ◆ **Gerechtigkeit:**
Jedes Kind muss gleich viel wert sein.
- ◆ **Wahlfreiheit:**
Der Staat muss die Entscheidungen der Familien anerkennen und unterstützen.

Unser Fazit: Es gibt nicht die Partei für Familien. Aber im Blick auf die Familie, ihre Erstverantwortung für Kinder und ihre Wünsche und Bedürfnisse werden Unterschiede zwischen den Parteien deutlich – auch wenn vieles bewusst im Vagen bleibt.

Die folgenden sieben Seiten bieten einen – natürlich nur skizzenhaften - Überblick auf die wichtigsten Ergebnisse unserer Wahlprüfsteine.

1. Vorfahrt Familie: Vorne an oder unter ferner liefern?

Eine gute Familienpolitik rückt Familien wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen und politischen Handelns. Der Deutsche Familienverband fordert ein Wahlrecht von Geburt an und eine konsequente Schwerpunktsetzung der Parteien, damit die „kleine Einheit“ Familie ihre Aufgaben gut wahrnehmen kann.



Die Union bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zu Familien und Kindern als Fundament der Gesellschaft. Sie bezeichnet die Förderung der Ehe und Familie als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Verbesserungen beim Familienleistungsausgleich und in der Förderung des Wohneigentums sind wichtige Akzente. Allerdings bleibt es hier nur bei vagen Aussagen. Wirkliche Verbesserungen stehen unter Finanzierungsvorbehalt.

Eine Sozialabgabentlastung hat es nicht ins Wahlprogramm geschafft. Das ist enttäuschend. Die Union will zwar Kinderrechte im Grundgesetz verankern, sieht aber das Wahlrecht ab Geburt oder nur eine Absenkung des Wahlalters nicht vor.



Familienpolitische Schwerpunkte setzt die SPD bei der Kinderbetreuung und der umfangreichen Erwerbstätigkeit der Eltern. Statt Entlastung setzt das Wahlprogramm auf sozialpolitische Maßnahmen für Eltern mit geringem Einkommen. Auch die SPD setzt sich für Wohneigentum für Familien ein, jedoch mit einer Sozialstaffel. Eher stiefmütterlich werden Mehr-Kind-Familien behandelt, die künftig sogar Verschlechterungen befürchten müssen.

Die Sozialdemokraten machen sich für Kinderrechte stark. Ein Fokus wird dabei auf die Wahlrechtsabsenkung auf 16 Jahre gelegt. Ein Familienwahlrecht kommt nicht vor.



Ein eigener Programmteil Familie fehlt. Familienpolitische Aussagen gelten vor allem der Öffnung der Ehe und Familie. Der Rechtsrahmen für Regenbogenfamilien soll verbessert werden. Steuerliche Entlastungen sowie flexiblere Regelungen am Arbeitsmarkt stehen im familienpolitischen Vordergrund. Freiheit und Eigenverantwortung gelten für Familien allerdings nur eingeschränkt – das neue Kindergeld 2.0 der FDP geht gleich von der Zweckentfremdung des Geldes durch die Eltern aus. Ein Wahlrecht von Geburt an findet sich nicht im Wahlprogramm.



Familienpolitik findet sich im grünen Wahlprogramm nur auf wenigen Seiten. Bündnis 90/Die Grünen wollen neue Familienformen besser unterstützen. „Soziale Eltern“ sollen durch ein neues Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung gestärkt werden. Das Wahlprogramm richtet sich an Familien, die möglichst umfangreich erwerbstätig sein wollen.

Familienentlastung und Wahlfreiheit in der Betreuung spielen im Vergleich zu gleichstellungs- und sozialpolitischen Zielen eine untergeordnete Rolle. Ein deutliches Minus: Das Ehegattensplitting soll weitgehend demontiert werden. Auch die Grünen wollen Kinderrechte ins Grundgesetz schreiben und das Wahlalter auf 16 Jahre heruntersetzen.

DIE LINKE.

Ein eigenes Kapitel im linken Wahlprogramm werden Familien lange suchen. Das gibt es nicht. Vielmehr finden sich Forderungen in den Bereichen Hartz IV und Erwerbslosigkeit. Zwar wird Familien viel versprochen, sie werden aber auch selbst zur Kasse gebeten. Die Linke will den grundrechtlichen Schutz der Ehe abschaffen und es durch ein System der Wahlverwandtschaften ersetzen, welches auch mehr als zwei Personen umfassen kann.

Auch der Elternbegriff soll geändert werden. Künftig können bis zu vier Personen Eltern für ein Kind sein. Familienpolitisch zielt die Linke auf Armutsbekämpfung und egalitäre Rollenverteilung durch eine erhöhte Erwerbstätigkeit. Bei Kindererziehung setzt die Linke verstärkt auf öffentliche Einrichtungen als auf das persönliche Netzwerk Familie. Wählen soll man ab dem 16. Lebensjahr können.

2. Sozialversicherung: Familiengerecht oder familienblind?

Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung bauen auf die Erziehungsleistung der Familien. Trotz klarer Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zahlen Familien neben ihren generativen Beiträgen (Erziehung von Kindern) noch Sozialabgaben auf das Kindesexistenzminimum. Zusammen mit dem Familienbund der Katholiken kämpft der Deutsche Familienverband für einen Freibetrag in der Sozialversicherung.



Die Weiterentwicklung der Rente soll 2030 in einem parteiübergreifenden Konsens geregelt werden. Bis 2019 soll eine Rentenkommission Vorschläge erarbeiten. Beitragsentlastungen für Familien, die der CDU-Bundesparteitag 2015 ausdrücklich beschlossen hat, haben es nicht ins Wahlprogramm geschafft.

Verbesserungen bei den rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten sind nicht vorgesehen. Die CSU macht sich immerhin für ein drittes Jahr Kindererziehungszeit für Mütter stark, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben.

The logo is a red square with the white letters 'SPD' inside.

SPD

Die SPD will die Pflege- und Krankenversicherung auf eine Bürgerversicherung umstellen, in der alle Bürger versichert sind. Der Zusatzbeitrag soll abgeschafft werden. Der Rentenbeitragsatz soll auf 22 % begrenzt, höhere Einkommen über Steuerzuschüsse stärker an der Rentenfinanzierung beteiligt werden.

Sicher ist, dass die Bürgerversicherung ohne einen Kinderfreibetrag eingeführt werden soll. Sozialabgabenentlastungen sieht die SPD nur für niedrige Einkommen zwischen 451 und 1.300 Euro vor.



In der Rentenversicherung will die FDP einen jahrgangsindividuellen Faktor einführen, mit dem die Rente jeweils anhand der durchschnittlichen Lebenserwartung der jeweiligen Generation berechnet wird.

Rentenverbesserungen für Familien sind nicht vorgesehen. Leistungen für Mutterschaft, Schwangerschaft und Familienversicherung sollen für alle Versicherten aus Bundeszuschüssen finanziert werden oder für keinen. Im Bestreben, die Privatversicherung zu stärken, sitzt die FDP einem großen Irrtum auf: Denn Familien zahlen bereits Beiträge auf das Einkommen aller Familienmitglieder und sind Nettozahler und die eigentlichen Leistungsträger in der Gesetzlichen Krankenversicherung.



Das grüne Wahlprogramm fordert eine Bürgerversicherung, in der alle Bürger versichert sind. Beiträge sollen auch auf Kapitaleinkünfte erhoben, der Zusatzbeitrag soll abgeschafft werden. Bei Geringverdienern sollen Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit rechnet und Beiträge nicht sprunghaft steigen.

Ein Kinderfreibetrag in der Sozialversicherung ist nicht vorgesehen. Verbesserungen bei den rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten sind nicht eingeplant.



Die Rentenversicherung soll in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die auch Selbständige, Beamte, Politiker und Manager eingezogen werden. Auf alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge gezahlt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze wird schrittweise abgeschafft. Rentenansprüche werden in der Höhe begrenzt. Zuzahlungen und Zusatzbeiträge werden in der Krankenversicherung abgeschafft.

Für Familien könnte es bei steigenden Beiträgen ein Zuschussgeschäft werden, denn kindbezogene Beitragsentlastungen entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind nicht vorgesehen. Die Linke fordert, dass Eltern, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, wie alle Eltern drei Entgeltpunkte, also drei Jahre Kindererziehungszeiten, gutgeschrieben bekommen.

3. Finanzen: Fairer Leistungsausgleich oder Augenwischerei?

In der Einkommenssteuer fordert der Deutsche Familienverband die Anhebung des Kinderfreibetrages (7.356 Euro) auf die Höhe des Freibetrages von Erwachsenen (9.000 Euro). Damit dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist, fordert der DFV ein Kindergeld in Höhe von 330 Euro pro Kind. Das entspricht der maximalen steuerlichen Wirkung des Kinderfreibetrages. Wie viel Steuergerechtigkeit gönnen die Parteien den Familien?



Die Union will den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrages anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen. Das geht in die richtige Richtung. Aber die Erhöhung des Kinderfreibetrages hat die CDU/CSU bereits bei den Bundestagswahlen 2009 versprochen. Die Einlösung wird abermals in die Zukunft verschoben. Eine Entlastung von Familien bei der Mehrwertsteuer hat es nicht ins Wahlprogramm geschafft.



Die SPD plant einen Familientarif mit Kinderbonus, der für neue Ehen das Ehegattensplitting ersetzen und auch für unverheiratete und Alleinerziehende gelten soll. Als Kinderbonus erhalten Eltern jeweils für das Kind 150 Euro im Jahr als Abzug von der Steuerschuld. Für diesen Bonus bezahlen Familien aber mit dem verfassungsbedenklichen Aus des Ehegattensplittings.

Das bedeutet, dass vor allem Familien mit einem und anderthalb Einkommen künftig deutlich draufzahlen werden. In einem nach Einkommen und Kinderzahl gestaffelten, erweiterten Kindergeld will die SPD für einkommensschwache Familien das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen. Eine Entlastung von Familien bei der Mehrwertsteuer sieht die SPD nicht vor.



Die FDP will den Kinderfreibetrag erhöhen. Auch die steuerliche Berücksichtigung von Betreuungskosten, haushaltsnahen Dienstleistungen bei Pflege und Kinderbetreuung sowie gesetzlichen Unterhaltsleistungen soll verbessert werden. Die Zusagen werden von entsprechenden Steuermehreinnahmen abhängig gemacht. Um Kinderarmut zu bekämpfen, wird ein Kindergeld 2.0 geplant, das alle bisher den Eltern zustehenden kindesbezogenen Leistungen bündelt und auf das Kind einen eigenständigen Anspruch hat.

Falls Eltern das Kindergeld zweckentfremden, soll es von Verwandten oder vom Jugendamt verwaltet werden. Weil es den von der FDP beschworenen Strauß großzügiger Familienleistungen nicht gibt, wird allein die geplante Bündelung Familien nicht besser stellen.



Die Grünen planen ein mit 12 Milliarden Euro beziffertes Familien-Budget, das sich vor allem an Familien mit geringen Einkommen richtet. Es sollen neue Regelsätze in der Grundsicherung ermittelt, ein einkommensabhängiger Kinderbonus geschaffen und eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung eingeführt werden.

Wegen der Verrechnung zahlreicher Transferleistungen und Kinderfreibeträge ist nicht transparent, wie sich das Familien-Budget auf Familien konkret auswirkt. Es ist zu befürchten, dass am Ende Familien ihre Leistungen selbst bezahlen müssen, denn dafür soll das Ehegattensplitting abgeschafft werden. Nach Berechnungen wird dies Mehrkosten für Familien im Umfang von 15 Milliarden Euro bedeuten. Einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Kinderprodukte wird es nicht geben.



Die Linke setzt auf eine Kindergrundsicherung. Zuerst soll das Kindergeld auf 328 Euro angehoben werden. Die individuelle Kindergrundsicherung soll 573 Euro betragen und wird reduziert, sobald Bildung, Erziehung und öffentliche Infrastruktur kostenlos sind.

Paradox: Obwohl die Kindergrundsicherung als eigenständiger Anspruch des Kindes gedacht ist, sollen Eltern die Leistung versteuern. Kinderfreibeträge sollen abgeschafft und alle pauschalen Transferleistungen angerechnet werden. Das gerät aber mit der Verfassung in Konflikt. Das gilt ebenfalls für die Abschaffung des Ehegattensplittings. Die Linke fordert eine ermäßigte Mehrwertsteuer für Kinderprodukte – ein richtiges Signal.

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Wahlfrei oder wirtschaftsgerecht?

Wahlfreiheit ist Ausdruck einer modernen Familienpolitik. Deshalb fordert der Deutsche Familienverband ein Betreuungsbudget von mindestens 700 Euro für jedes Kind unter drei Jahren, das während der dreijährigen Elternzeit direkt bei den Eltern ankommt. Eltern sollen selbst entscheiden können, wie sie die Betreuung ihrer Kinder finanzieren. Zuhause oder in der Obhut einer Kita oder Tagesmutter. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Herausforderung der Zukunft. Geht der Weg zur familiengerechten Arbeitswelt oder zur wirtschaftsgerechten Familie?



Die Union bekennt sich wörtlich zur Wahlfreiheit der Eltern in Erziehung und Bildung. Konkret geht das Wahlprogramm nur auf bessere Betreuungsangebote ein. Aussagen zur Finanzierung der Wahlfreiheit fehlen komplett.

Bei der Vereinbarkeit setzt man auf einen Anspruch auf befristete Teilzeit, um die Rückkehr in Vollzeit zu erleichtern. Gemeinsam mit Tarifpartnern sollen flexible Zeitmodelle für Familien geprüft werden. Konkret genannt werden Familien- und Lebensarbeitszeitkonten. Allerdings werden Langzeitarbeitskonten von Familien kaum genutzt, weil sie schlicht keine Zeit haben, Zeit anzusparen. Die Union will einen Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter einführen.



Die SPD zielt nicht auf Wahlfreiheit für Familien. Sie will vor allem Eltern unterstützen, die berufliche und familiäre Aufgaben aufteilen und möglichst umfangreich erwerbstätig sein wollen. An diese Zielgruppe richtet sich auch die Familienarbeitszeit mit dem Familiengeld.

Dieses Angebot erreicht allerdings nur Familien, die dieses vollzeitnahe Modell leben wollen und beide exakt ihre Arbeitszeit darauf abstimmen. Für die Mehrheit der Familien ist das unrealistisch. Damit würden Doppelverdiener eine zusätzliche Förderung erhalten. Die SPD will Arbeitgeber für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Home Office- und Dienstreiseregulungen in die Pflicht nehmen. Für die Vereinbarkeit setzt die SPD auf einen flächendeckenden Ausbau der Ganztagsbetreuung.



Die FDP spricht zwar von Freiheit in Erziehung, aber wie sich Familien diese Wahlfreiheit leisten können, wird im Wahlprogramm kaum erkennbar.

Auch mit Blick auf die Wirtschaft setzt die FDP vor allem auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsrechts. Digitale Arbeitsplätze und Langzeitkonten sollen gefördert werden. Familienorientierte Voraussetzungen, wie einen Zeitzuschuss, finden sich allerdings nicht. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt die FDP vor allem auf flexible Kinderbetreuungsangebote, auch in Betrieben.



Wahlfreiheit findet im Wahlprogramm keine Erwähnung. Die Grünen setzen auf eine egalitäre Vereinbarung von Sorge- und Erwerbsarbeit sowie auf vollzeitnahe Erwerbsarbeit, auch im Interesse der Arbeitgeber.

Geplant ist eine „KinderZeit Plus“ von 24 Monaten, die das Elterngeld ablösen soll. Allerdings dürfen Eltern nicht frei über ihre Kinderzeit verfügen, sie kann aber bis zum 14. Lebensjahr des Kindes genommen werden. Für alle Arbeitnehmer

fordern die Grünen eine flexible Vollzeit in einem Korridor von 30 bis 40 Wochenstunden. Für Kinderbetreuung soll es möglich sein, finanziell abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Die Grünen planen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bis hin zur Einschulung.

DIE LINKE. Für die Linke ist Wahlfreiheit kein Thema. Sie setzt vor allem auf die Familie, in der beide Partner erwerbstätig sind. Kernstück für alle Arbeitnehmer ist eine kürzere Vollzeit von 30 bis 35 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich.

Eltern sollen einen besonderen Kündigungsschutz bis zum sechsten Geburtstag des Kindes erhalten. Gefordert wird außerdem ein Rechtsanspruch auf familiengerechte und kürzere Arbeitszeiten für alle, die Erziehungs- und Pflegeverantwortung übernehmen. Unklar ist, ob es dafür einen finanziellen Ausgleich gibt. Der Rechtsanspruch auf Teilzeit soll durch ein Rückkehrrecht auf die vorherige Arbeitszeit ergänzt werden. Die Linke fordert einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder.

5. Wohnen: Familiengerecht oder unbezahlbar?

Wohneigentum ist gerade für Eltern mit mehreren Kindern oft die einzige Möglichkeit, familiengerecht zu wohnen – und es ist eine dringend notwendige Vorsorge fürs Alter. Der DFV fordert deshalb eine steuerliche Wohneigentumsförderung für alle bauwilligen Familien nach dem Vorbild der Eigenheimzulage. Angesichts der Mietkostenexplosion sind Familien die großen Verlierer am Wohnungsmarkt. Der DFV fordert einen festen Anteil von 20 % für bezahlbare Familienwohnungen in der Bauleitplanung, eine kinderabhängige Begrenzung der Modernisierungsumlage und die Übernahme von Energiekosten im Wohngeld.



Die Union verspricht jungen Familien ein Baukindergeld von 1.200 Euro je Kind und Jahr, das über einen Zeitraum von 10 Jahren gezahlt wird. Bei der Grunderwerbsteuer sollen Freibeträge für Erwachsene und Kinder eingeführt werden, die für den erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums gelten. Damit würde ein großer Kostenblock für Familien abgeräumt werden. Die CDU/CSU will bis 2012 1,5 Millionen Wohnungen neu bauen und setzt dabei vor allem auf die Belebung des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus. Dafür soll der Neubau über eine begrenzte Zeit gefördert werden.



Die SPD verspricht eine bessere Wohneigentumsförderung für Familien, jedoch nicht für alle. Bis 2021 soll der Erwerb von Wohneigentum für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen durch ein sozial gestaffeltes Familienbaugeld erleichtert werden. Wie hoch die Förderung sein soll, wird nicht ausgeführt.

Die SPD-Bauministerin hatte im letzten Jahr eine Förderung für ca. 40.000 Familien mit einem Volumen von 500 Millionen Euro ins Spiel gebracht. Beim Mietwohnraum soll die bislang wirkungslose Mietpreisbremse verschärft werden. Außerdem will die SPD die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen und die Höhe des Wohngeldes regelmäßig anpassen. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sollen erhöht werden.



Pluspunkt für Familien: Die FDP setzt sich für einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro bei der Grunderwerbssteuer ein. Sinnvoll ist auch der Plan, die Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditlinie so zu ändern, dass Familien beim Neu- oder Umbau von Wohneigentum nicht benachteiligt werden. Die Schwelle zum Wohneigentum bleibt für Familien trotzdem hoch, denn eine steuerliche Förderung sieht das Wahlprogramm beim Eigentumserwerb nicht vor.

In der Mietpolitik der FDP findet sich wenig Familienspezifisches. Man will Bundesmittel für Wohnungsbauförderung (500 Millionen Euro/Jahr) zweckbinden, damit sie in Ländern und Kommunen für neue Wohnungen eingesetzt werden. In vergangenen Jahren sind die Mittel in anderen Haushalten „versackt“. Die Mietpreisbremse soll abgeschafft werden. Statt mehr sozialen Wohnungsbau setzt die FDP auf das Wohngeld, das jährlich angepasst werden soll.



Eine Wiedereinführung der Wohneigentumsförderung lehnen die Grünen ab. Gefördert werden sollen lediglich gemeinschaftliche Wohnprojekte und Baugemeinschaften. Die Grünen versprechen eine Mietpreisbremse ohne Ausnahmen und eine Kappung der Modernisierungumlage für Mieter. Sie wollen eine Million Wohnungen im Neubau und Bestand bauen und sozial binden, um sie dauerhaft bezahlbar zu halten. Dabei sollen auch junge Familien gefördert werden. Eine Quote für Familienwohnungen ist allerdings nicht vorgesehen.

DIE LINKE.

Die Linke stellt Familien keine Wohneigentumsförderung in Aussicht. Ausschließlich kleine Genossenschaften bei kooperativen oder altersgerechten Wohn- und Kulturprojekten sollen unterstützt werden. Im Wahlprogramm wird gefordert, eine flächendeckende Mietpreisbremse einzuführen und die Abschaffung der Modernisierungumlage.

Die Linke will den sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken und jährlich 250.000 neue Sozialwohnungen bauen, die nicht aus der Sozialbindung entlassen werden können. Die Wohngemeinnützigkeit soll wieder eingeführt werden und mit staatlichen Vergünstigungen und einem bevorzugten Zugang zu Boden besonders gefördert werden.